

Stromüberfluss ist eines der Kernprobleme der Energiewende

geschrieben von Chris Frey | 18. Februar 2018

Ein Interview der gleichen Meinungen

Jochen Homann, Präsident der Bundesnetzagentur im Gespräch mit Georg Ehring. Das sogenannte Interview handelte über den Ausbau der Energienetze, streifte dabei aber die gesamte EEG-Thematik. Interview kann man dazu eigentlich nicht sagen, denn der Redakteur gab im Wesentlichen die (offiziell bekannte) Meinung vor und der Präsident der Bundesnetzagentur ergänzte diese mit wohlwollenden Kommentaren. Anbei das gekürzte Interview ohne Kommentierung, aber mit strukturierenden Überschriften ergänzt.

Deutschlandfunk 04.01.2018: [1] **Energieversorgung in Deutschland**

Vorspann: Die Stromversorgung ist gesichert

Deutschlandfunk: [1] ... *Die Bundesnetzagentur bemängelt einen zu langsamen Ausbau der Stromnetze. Die Stromversorgung in Deutschland sei zwar gesichert, sagte Jochen Homann, Präsident der Bundesnetzagentur ... Ein Risiko gebe es jedoch bei der Netzstabilität, denn der Strom komme nicht immer da hin, wo er gebraucht werde.*

Nur der „Übererfolg“ macht noch etwas Probleme

Redakteur: [1] ... *Es ist ziemlich windig in diesen Tagen, und für die Besitzer von Windrädern ist das eine gute Nachricht. Sie laufen auf vollen Touren, und das kann dazu beitragen, dass im gerade begonnenen Jahr 2018 Rekordmengen an Strom aus erneuerbaren Quellen produziert wird*

...

... *Kopfzerbrechen bereiten diese Erfolge den Betreibern der Stromnetze. Sie müssen immer wieder Anlagen abregeln, weil die Netze sonst überlastet wären, und sie müssen immer häufiger Strom ins Ausland verschenken und manchmal dafür sogar noch eine Prämie zahlen, weil er im Inland nicht gebraucht wird. Negative Strompreise gab es 2017 während 146 Stunden. Dass ist rund zehnmal so viel wie 2008.*

Redakteur: [1] ... *sind die Stromnetze an Tagen wie diesen denn überfordert?*

BNetzA Präsident: [1] ... *Ja, es ist immer häufiger vorgekommen in den letzten Jahren schon und aktuell auch, dass die Stromnetze nicht mehr in der Lage sind, den Strom zu transportieren, der an der Börse verkauft wird. Und das ist eines der Kernprobleme im Rahmen der Energiewende.*

Doch die Lage entspannt sich

Redakteur: [1] ... *Seit Jahren reden wir ja vom Ausbau der Netze. Wie*

kommt der denn voran?... „Bis 2025 sollen die großen Leitungen stehen“
BNetzA Präsident: [1] ... Es geht etwas langsam ... Aktuell haben wir die großen ... Gleichstromübertragungsleitungen in den Verfahren drin. Wir hoffen, dass wir in diesem Jahr da den einen oder anderen Fortschritt dann haben werden.

Redakteur: [1] ... Und wann wird sich die Lage entspannen? Wagen Sie da eine Prognose?

BNetzA Präsident: [1] ... Die Lage wird sich dann entspannen, wenn der Stromnetzausbau weiter vorangeschritten ist, und da ist ja die Planung, dass bis zum Jahr 2025 die großen Leitungen stehen sollen. Ich hoffe, dass das gelingt.

Redakteur: [1] ... Und es gibt ja dann auch Ausbaubedarf auf mittlerer Ebene, weil die Energiewende zum Teil auch dezentral läuft. Sind Sie da im Plan?

BNetzA Präsident: [1] ... Auf der Spannungsebene unterhalb der Höchstspannung, in der Tat, da im Verteilnetz muss auch reichlich ausgebaut werden. Das trifft zu. Dort findet das Ganze sehr viel geräuschloser statt ...

Negative Strompreise an sich sind ja nichts Schlechtes

Redakteur: [1] ... Gibt es denn kurzfristige Lösungen, um negative Strompreise vermeiden zu können?

BNetzA Präsident: [1] ... Erst mal, negative Strompreise an sich sind ja nicht Schlechtes, sondern sie zeigen ja eigentlich etwas an, nämlich, dass am Markt nicht genug Flexibilität im Kraftwerkspark ist. Insofern ist das schon ein wichtiges Zeichen, was da kommt. Und was natürlich getan wird, ist ... Dass man versucht, die Netze zu entlasten durch verschiedenste Maßnahmen, das Ab- und Aufregeln von Kraftwerken, das Abregeln auch von Windanlagen im Notfall. Da gibt es also eine ganze Reihe von Maßnahmen, die gemacht werden.

Prinzip: Das Netz muss dem Ausbau der Erneuerbaren folgen

Redakteur: [1] ... Die Forderung ist in diesen Tagen laut geworden, den Ausbau der erneuerbaren Energien zu drosseln, bis die Netze fertig ausgebaut sind?

BNetzA Präsident: [1] ... Das passiert im Prinzip schon, denn natürlich muss immer gelten, dass das Netz dem Ausbau der Erneuerbaren folgen muss, und nicht umgekehrt, als Prinzip. Aber wir haben Situationen, wo das einfach nicht so funktioniert. Und deswegen hat die Politik ja schon vor über einem Jahr sogenannte Netzausbauggebiete beschlossen, das sind Gebiete, in denen der Ausbau der Erneuerbaren ein Stück weit gedrosselt wird, um dem Netzausbau die Chance zu geben, aufzuholen.

Redakteur: [1] ... Besonders gefördert wurde ja in letzter Zeit der Ausbau von Offshore-Wind, also vor der Küste. Ist der auch betroffen?

BNetzA Präsident: [1] ... Ja, der ist natürlich auch betroffen, aber gerade beim Offshore-Wind gilt, dass die Ausschreibungen gezeigt haben, dass dort relativ preisgünstig inzwischen Strom erzeugt werden kann. Das heißt, der Druck wird in Zukunft dann auch noch zunehmen, weil viel

Windstrom kommen wird.

Die Energiewende ist schon dezentral

Redakteur: [1] ... Das heißt, der Druck auf den Netzausbau wird immer stärker. Es wird ja verschiedentlich auch diskutiert, dass man die Energiewende etwas dezentraler gestalten sollte, um den Druck davon zu nehmen.

BNetzA Präsident: [1] ... Die Energiewende ist, was die Erzeugung angeht, ja schon längst dezentral. Die Windräder stehen ja überall im Land und die Fotovoltaikanlagen. Aber die Schlussfolgerung, die gelegentlich daraus gezogen wird, dass dann weniger Netzausbau benötigt wird, ist schlicht falsch. Denn Strom muss ja eingesammelt werden, wenn Sie so wollen, und muss dorthin transportiert werden, wo er gebraucht wird.

Stromausfälle? Aktuell und auf Sicht nicht

Redakteur: [1] ... Ist denn die Versorgungssicherheit gefährdet, weil die Netze immer ungleichmäßiger ausgelastet sind?

BNetzA Präsident: [1] ... Man muss sehr aufpassen bei dieser Diskussion. Die Versorgungssicherheit im Sinne von „Haben wir genug Kapazitäten“, die Stromerzeugung ist nicht gefährdet. Wo wir ein Risiko haben, ist bei der Netzstabilität, das heißt, die Frage, kann der Strom auch immer dorthin gebracht werden, wo er gebraucht wird. Und das führt wieder zu Ihrer Anfangsfrage zurück, dass die Netze an verschiedenen Stellen stark überlastet sind, täglich die Netzbetreiber Eingriffe in den Betrieb von Anlagen machen müssen, und dies hat natürlich nicht nur Kosten zur Folge, sondern ist auch auf Dauer riskant.

Redakteur: [1] ... Als Verbraucher fürchtet man Stromausfälle. Ist die Befürchtung begründet?

BNetzA Präsident: [1] ... Nein, aktuell und auf Sicht nicht.

Aktuell gibt es für Stromspeicher keinen Bedarf

Redakteur: [1] ... Eine Perspektivfrage: Wann werden auch mehr Stromspeicher gebraucht? Nicht nur Netze, sondern auch Speicher, und wann stehen die zur Verfügung?

BNetzA Präsident: [1] ... Sie haben es angedeutet. Das ist auch aus meiner Sicht eine Perspektivfrage. Das heißt, auf Dauer und auf längere Sicht werden wir sicherlich Speicher brauchen. Aktuell gibt es dafür keinen Bedarf, zumal ja die Speicher immer nur für einen zeitlichen Ausgleich sorgen zwischen Stromnachfrage und Stromangebot. Unser Problem ist der regionale Ausgleich, und da tragen Speicher natürlich nichts dazu bei.

Fazit

Der „Präsident“ ist entweder vollkommen unbedarft und hat die „Energiewende“ noch gar nicht wirklich verstanden (im „Merkeldeutschland“ eher ein Bonus, wenn nicht gar Bedingung für höhere Positionen in Berlin, oder wahrscheinlicher: Er spielt ganz bewusst alle

Probleme des EEG herunter (siehe dazu das folgende Kapitel „Koalitionsvertrag“). Im gesamten „Interview“ vermeidet er Betrachtungen zum weiteren EEG-Ausbau und der Abschaltung konventioneller (grundlastfähiger) Kraftwerke. Ob die anderen EU-Partner die EEG-Ausbaustrategie wirklich mittragen (wollen), auf die inzwischen die „Lösungen“ basieren [5], wird nicht angesprochen, die Kosten sowieso nicht.

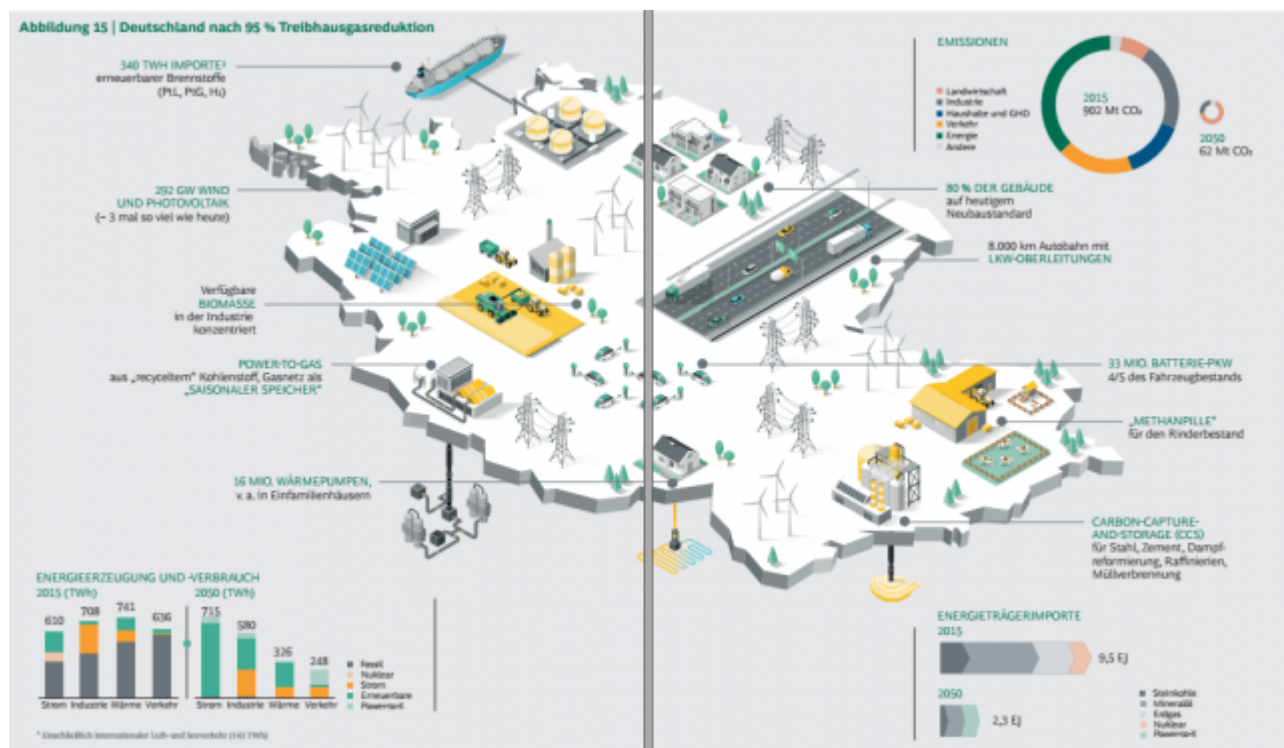
Wie bei unseren Medien üblich, vermeidet es der Redakteur konsequent, (unangenehm) nachzufragen.

Wer sich einen Überblick verschaffen möchte, was der Präsident der Bundesnetzagentur alles (bewusst) nicht gesagt hat, aber auf Deutschland bis zum Jahr 2050 beim EEG wirklich (auch an Kosten) zukommt, sollte die BDI-Strategiestudie „Klimapfade für Deutschland“ [6] lesen und dabei über die Auswirkungen des Umbaus von Deutschland in eine grün angestrichene Energieerzeugungslandschaft nachdenken.

Rezensionen dazu:

EIKE 16. Februar 2018: *Klimapfade für Deutschland (BDI-Studie) – eine erschreckende Unkenntnis hinsichtlich der Verfügbarkeit von Wind- und Solaranlagen*

EIKE 01.02.2018: **Den Klimaschutz vorantreiben und gleichzeitig den Industriestandort Deutschland stärken**



Deutschland als „Energiewirtschaft“ nach 95 % Treibhausgasreduktion [6]

Ansonsten gibt es dazu genügend weitere „Literatur“:

EIKE 14.01.2018: *Am Neujahrsmorgen hat sich Deutschland zum ersten Mal in der Geschichte komplett mit Ökostrom versorgt*

EIKE 25. 11 2017: Der Beginn der Offenbarung – Das EEG wird 2 Billionen

EUR kosten (erst mal als Anfangsbudget)

Was steht darüber im Koalitionsvertrag

Manche Leser werden sich vielleicht noch an den folgenden Artikel erinnern:

EIKE 10.08.2016: ***Tollhaus Berlin – Forscher sollen nachträglich die „Wissens- und Entscheidungsbasis“ für das verabschiedete 1,5 Grad Ziel suchen***

Dass sich am Vorgehen – zuerst nach rein ideologischen Wünschen und Vorstellungen zu entscheiden und nachträglich verzweifelt versuchen, diese „rational“ zu begründen – praktisch nichts geändert hat, kann man im aktuellen Koalitionsvertrag nachlesen.

„kaltesonne“ hat sich die Mühe gemacht, in den Koalitionsvertrag zu sehen und zu berichten. Daraus ein stark gekürzter Auszug (bitte im Original vollständig lesen):

kaltesonne 16. Februar 2018: *Die Sonne im Januar 2018 und der GroKo-Vertrag klimatisch*

Der GroKo-Vertrag und Eulenspiegeleien

Da weder Einsparungen, Netze noch Digitalisierung Strom erzeugen können, ruht die Erzeugung allein auf Erneuerbaren, und in der Tat ruht sie des Nachts, was die Photovoltaik betrifft und bei Windflaute – immerhin zwei Drittel des Jahres. Aber die Lösung der Versorgung mit Flatterstrom ist in Sicht: die Bundesregierung wird eine Batteriezellproduktion (S.14) unterstützen! ...

... Grund für eine Verstärkung des Zubaus in 2019 und 2020 von jeweils 4000 MW Photovoltaik und Wind (S. 71) ist die Nichterreichung der CO₂ Minderungsziele von 2020. Dann macht man zum Ausgleich ein bisschen mehr Wind. Dann folgt aber ein kluger Satz, der mit Sicherheit in keinem Jamaika-Papier gestanden hätte: „Voraussetzung ist die Aufnahmefähigkeit der entsprechenden Netze“. Da muss ein Eulenspiegel am Verhandlungstisch dabei gewesen sein, der das hereingeschmuggelt hat. Denn schon heute ist die Aufnahmefähigkeit des Netzes bei Starkwind nicht mehr gegeben. Für Redispatch- Maßnahmen oder Abregelung von Windkraftanlagen wurden im letzten Jahr rund 1 Milliarde € bezahlt. Der Netzbetreiber schaltet also Windkraftanlagen bei zu viel Wind ab, um den Zusammenbruch des Netzes zu vermeiden und der Windkraftbetreiber bekommt Geld, als ob das Windrad gedreht hätte. Die 4000 MW zusätzlicher Windenergiekapazität führen also nur dazu, dass bei Starkwind bestehende Windkraftanlagen in dieser Größenordnung abgeschaltet werden. Wie gesagt: Eulenspiegelei.

Eine Reform der Netzentgelte soll die Kosten „unter angemessener Berücksichtigung der Netzdienlichkeit verteilen“. (S.72) Wer weiß schon, worum es dabei geht? Heute bezahlen diejenigen Bürger, in deren Gegend mehr Windkraftanlagen stehen, als die Netze und der regionale Bedarf verkraften können, die Kosten der Abschaltung sowie die Kosten der Eingriffe über die Netzkosten. Das ist ein brisantes Thema in Ostdeutschland – viel Windkraft, wenig Verbrauch führt zu den höchsten Netzkosten. Brandenburg hat daher mittlerweile die höchsten Stromkosten in Deutschland. Und wenn der Ministerpräsident nicht aufpasst, entsteht

dort eine explosive Stimmung durch die Zerstörung der Landschaft und der Natur, Entwertung der Grundstücke und die höchsten Stromrechnungen.

... Wie groß die Not der politisch Handelnden ist, sieht man an folgendem Prüfauftrag: „Wir werden prüfen, inwieweit zukünftig nicht mehr benötigte Kraftwerksstandorte für große thermische Speicher-Kraftwerke genutzt werden können.“ (S.73) Da will man also überschüssigen Strom nehmen, zu Wärme degenerieren (indem man die Entropie erhöht!) und über Nah-oder Fernwärmenetze zur Beheizung einspeisen. Vielen Energiefachleuten sträuben sich da die Nackenhaare.

Auf S. 73 ist dann auch das Kernstück der Klimapolitik, über das so viel berichtet wurde, nachzulesen:

„Wir werden eine Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ unter Einbeziehung der unterschiedlichen Akteure aus Politik, Wirtschaft, Umweltverbänden, Gewerkschaften sowie betroffenen Ländern und Regionen einsetzen, die auf Basis des Aktionsprogramms Klimaschutz 2020 und des Klimaschutzplans 2050 bis Ende 2018 ein Aktionsprogramm mit folgenden Elementen erarbeiten soll:

–Maßnahmen, um die Lücke zur Erreichung des 40 Prozent-Reduktionsziels bis 2020 so weit wie möglich zu reduzieren,

–Maßnahmen, die das 2030-Ziel für den Energiesektor zuverlässig erreichen, einschließlich einer umfassenden Folgenabschätzung,

–einen Plan zur schrittweisen Reduzierung und Beendigung der Kohleverstromung, einschließlich eines Abschlusssdatums und der notwendigen rechtlichen, wirtschaftlichen, sozialen und strukturpolitischen Begleitmaßnahmen und

–die finanzielle Absicherung für den notwendigen Strukturwandel in den betroffenen Regionen und einen Fonds für Strukturwandel aus Mitteln des Bundes“ ...

Der oben genannte Eulenspiegel hat dann auch noch folgenden Satz reingeschmuggelt. „Die laufende Hochtemperatur-Plasmaforschung in Deutschland wollen wir angemessen finanziell absichern.“(S.35) Das wäre der erhitzten Karin Göring-Eckhardt und ihrem Hofreiter nicht durchgeflutscht. Denn dahinter versteckt sich schamhaft, aber immerhin, die Fusionsforschung in Greifswald und Garching, die weltweit exzellenteste Wirkungsstätte hunderter Forscher, die sich um die Verwirklichung der Zukunftsenergie Fusion bemühen -und das erste Plasma erfolgreich zünden konnten. Und dann gibt es noch den schönen Satz: „Wir stehen weiterhin für eine wissenschaftlich fundierte, technologieoffene und effiziente Klimapolitik“. Das weiterhin sagt alles ...

Quellen

[1] Deutschlandfunk 04.01.2018: **Energieversorgung in Deutschland** „Ein Risiko gibt es bei der Netzstabilität“

[2] ntv Samstag, 24. Juni 2017: **„Kein Gepoker um Abfindungen“ Tennet warnt vor Maut für Stromtrassen**

Nach jetzigem Planungsstand soll sie 2025 fertig werden, falls Klagen den Bau nicht aufhalten.

[3] BMWi: Die nächste Phase der Energiewende: Das EEG 2017

[4] BMWi: *Netze fit für die Energiewende machen*

[5] BMWi, Publikation: „*Strom 2030 – Langfristige Trends, Aufgaben für die kommenden Jahre*“

[6] BDI Studie Januar 2018: *Klimapfade für Deutschland* (BCG; prognos)